

## **Konferenz der EU-Parlamentspräsidenten**

*Budapest, 6. - 7. Mai 2005*

### **5. Der Beitrag der EU-Parlamente zur Stärkung der globalen Rolle der EU**

#### **Die Außenbeziehungen der Europäischen Union**

##### **Bericht von Pier Ferdinando Casini**

##### **Präsident des Italienischen Abgeordnetenhauses**

Für den Prozess des politischen Aufbaus der Europäischen Union war die Unterzeichnung des Verfassungsvertrags vergangenen Oktober in Rom ein wichtiger Fortschritt. In der Hoffnung, dass die Ratifizierungsverfahren rasch abgeschlossen werden können, lassen Sie uns nun damit beginnen, mit Besonnenheit unsere Länder für weitere Fortschritte bei der europäischen Vereinigung vorzubereiten.

Anknüpfend an die Schwerpunkte einer in diesem Forum begonnenen Debatte möchte ich die den Parlamenten der Union zukommende Rolle untersuchen – in ihrer Funktion als die grundlegenden Bindeglieder zwischen der Bevölkerung und den nationalen und europäischen Institutionen – in Bezug auf ihren Beitrag zur zukünftigen Gestaltung der Europäischen Union, auch im Hinblick auf die internationalen Beziehungen.

Der Weg zum Aufbau Europas führt in erster Linie über eine starke kontinentale Identität, die von allen sozialen und politischen Elementen getragen wird. Ich bin der Auffassung, dass die Verabschiedung eines Verfassungstextes, der die hohen Werte der Charta der grundlegenden Rechte enthält, dazu beitragen kann, das Gefühl einer gemeinsamen Zugehörigkeit zu verbreiten. Die Bekräftigung der Grundsätze, die sich im Verlauf der Jahrhunderte in der europäischen Geschichte herausgebildet haben, war und bleibt ein wesentlicher Beitrag, den die Europäische Union zur Entwicklung der Menschheit geleistet hat.

Die Europäische Union, die eine Erweiterung der Außenpolitik der Mitgliedstaaten war, entwickelt sich nun allmählich zu einem der Hauptakteure auf der internationalen Bühne. Dabei denkt man an mehrere wichtige Fortschritte, die in dem neuen Verfassungsvertrag festgelegt sind, wie z. B. die Übertragung einer Rechtspersönlichkeit an die Union und die Fähigkeit, Verträge zu unterzeichnen und an internationalen Gremien auf gleichberechtigter Basis mit anderen großen internationalen Akteuren teilzunehmen. Auch die Schaffung des Amtes des Außenministers fällt dabei ein, zurzeit nur theoretisch erwogen, wird dies hoffentlich bald Realität werden. Dieser muss mit substanziellen Befugnissen ausgestattet werden, z. B. mit der Möglichkeit, im Namen aller 25 Mitgliedstaaten in multilateralen

Gremien zu sprechen. Natürlich wird der politische Wille der einzelnen Mitgliedstaaten der Schlüssel sein, mit dem sich neue Horizonte für die Glaubwürdigkeit der Außenpolitik der Union erschließen lassen, wie z. B. die Aussichten auf einen europäischen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen konkret werden zu lassen. Der erste Schritt in diese Richtung bleibt jedoch das Engagement für eine rasche Ratifizierung des Verfassungsvertrages, den das italienische Parlament bereits mit großer Mehrheit gebilligt hat und in dem die Parlamente eine ausschlaggebende Rolle spielen, selbst in Ländern, in denen Referenden abgehalten werden sollen.

Die EU-Parlamente ihrerseits müssen die notwendigen Instrumente verabschieden für die Erläuterung dieser Transformation, damit die nach außen gerichtete Durchsetzungskraft der Union auch auf parlamentarischer Ebene erkannt werden kann. Mehr als jede andere Institution sind Parlamente das Symbol der Demokratie, des Pluralismus und das Forum, in dem die Souveränität des Volkes auf höchster Ebene zum Ausdruck gelangt. Sie sind daher qua definitione die Träger der nobelsten Werte des demokratischen Lebens. Diese Werte können übermittelt werden „durch Kontakte“ über den interparlamentarischen Austausch und tragen damit dazu bei, die Verfahren der Rechtmäßigkeit, des Pluralismus, des Dialogs und der Toleranz in der ganzen Welt zu verbreiten. Ohne Zweifel wird diese Arbeit umso effizienter werden, wenn sie zwischen den Parlamenten der Union, die die gleichen Werte teilen, koordiniert wird und damit Synergien geschaffen werden, die zu etwas führen, das viel mehr ist als die Summe der einzelnen Aktionen.

Nachdem diese Frage in den vergangenen Jahren behandelt wurde, glaube ich, dass die Zeit nun gekommen ist, sich mit konkreten Formen der Koordinierung der Präsenz der EU-Parlamente in der Welt zu befassen, nicht allein als individuelle Gebilde, sondern vor dem Hintergrund gemeinsam vereinbarter Wege. Ich möchte darauf hinweisen, dass diese Koordinierung keineswegs eine Verringerung der individuellen Eigenständigkeit beinhaltet, sondern dass sie in der Tat die Aktivitäten der einzelnen Parlamente durch gegenseitige Unterstützung verstärkt.

Ich bin ebenso der Auffassung, dass der pluralistische Charakter der Parlamente, ihre Aufgabe, unterschiedliche Auffassungen miteinander zu vereinbaren, sich als ein weiteres Plus für unsere Initiativen erweisen muss, auch bei der Vertiefung des Austausches über die großen Probleme der externen Politikbereiche der Union, für die gemeinsame Prioritäten festgelegt wurden.

Ich spreche von den Erweiterungsprozessen in Bezug auf neue Mitgliedstaaten; von den Auswirkungen, die diese Prozesse auf die geopolitische Dynamik der benachbarten Regionen haben werden und bereits Berücksichtigung gefunden haben bei der Erörterung der Ausarbeitung der Europäischen Nachbarschaftspolitik; von der Heranführung der westlichen Balkanstaaten an europäische Standards, was das aktive und kohärente Engagement aller Beteiligten verlangt. Diese Fragen, die eine wichtige strategische Rolle bei der Gestaltung der Zukunft des Planeten spielen, müssen in zunehmendem Maße bei den externen Politikbereichen unserer Parlamente zutage treten. Wir haben hier bereits Beträchtliches geleistet, z. B. durch die Schaffung parlamentarischer Partnerschaften (counterparts) in zahlreichen regionalen Gremien. Ich bin jedoch der Auffassung, dass durch eine verstärkte Koordinierung diese Instrumente noch effizienter gestaltet werden können.

Ich beziehe mich auch auf den Nahen Osten und auf die notwendige, den nachdrücklichen aus dieser Region kommenden Forderungen entsprechende stärkere Beteiligung der Union, die schließlich in konkrete Aktionen umgesetzt werden muss im Hinblick auf die Lösung des

Konfliktes. Auch in diesem Bereich können wir aktiver als Parlamente arbeiten, in erster Linie im Kontext der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung, damit verstärkte Impulse für die Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens erfolgen.

Ich beziehe mich auch auf die Beziehungen zu unseren großen Partnern auf weltweiter Bühne, vor allem zu den Vereinigten Staaten, sowie auf die Konsolidierung der transatlantischen Dimension. Es ist notwendig, dass unsere Parlamente dieser Frage besondere Aufmerksamkeit widmen, auch durch einen verstärkten Austausch mit den US-Stellen, um dazu beizutragen, die Kluft zu überbrücken, die sich zwischen der Öffentlichkeit auf beiden Seiten des Atlantiks in den vergangenen Jahren herausgebildet hat.

Ich beziehe mich auch auf die anderen großen Akteure, die allmählich eine immer wichtigere Rolle auf internationaler Bühne spielen, wie z. B. China und Indien, wobei es hier für Europa notwendig ist, im zunehmenden Maße die Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Basis und nicht als Antagonist zu suchen. Die globalen vor uns liegenden Herausforderungen können nur durch multilaterale Konzertierung und das Bemühen um Verständigung bewältigt werden.

Ferner denke ich ganz allgemein an Asien und Latein Amerika, mit denen die Europäische Union in einen fruchtbaren Dialog eingetreten ist. Auch auf parlamentarischer Ebene bestehen bereits Beziehungen und Gremien des Dialogs, die dazu beitragen können, das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Schließlich erwähne ich Afrika und die anderen Gebiete, die Gefahr laufen, bei den ökonomischen mit der Globalisierung verbundenen Prozessen außer Acht gelassen zu werden oder noch mehr an Boden zu verlieren bei dem Wettrennen um Entwicklung. Die Politik der Union in Bezug auf die Entwicklungshilfe muss vor allem in qualitativer Hinsicht verstärkt werden, und zwar dadurch, dass verstärkte Effizienz der Maßnahmen garantiert wird, auch durch eine Koordinierung mit den anderen Formen sowohl multilateraler als auch bilateraler Hilfe.

In allen diesen Bereichen können die Parlamente der Union viel tun, um die Kooperation zu verstärken und gezielte Maßnahmen festzulegen, die ihre Präsenz in der Welt stärker und auf kohärentere Weise deutlich macht. Ich glaube, dass diese Konferenz eine wichtige Rolle dabei spielen kann, gemeinsame Initiativen in Bezug auf die Autonomie der individuellen Parlamente und der politischen Pluralität zu fördern.

Ein Bereich, von dem ich glaube, dass wir hier Maßnahmen einleiten sollten, bezieht sich auf die Koordinierung der parlamentarischen Delegationen der 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Rahmen der größeren Gremien, wie z. B. der Interparlamentarischen Union, der Parlamentarischen Versammlungen des Europarates, der WTO, der OSZE, der NATO usw. Diese Rahmen können genutzt werden, wenn auch nur informell und versuchsweise, um Koordinierungsgruppen zu schaffen mit dem Ziel, Themen von gemeinsamem Interesse festzulegen, wo man die jeweiligen Auffassungen einander gegenüberstellen kann.

Diese Art der innereuropäischen Koordinierung nimmt zunehmend Gestalt an auf Regierungsebene im Hinblick auf internationale Fragen in verschiedenen Gremien, sowohl multilateral als auch in den ausländischen EU-Botschaften, was zu wichtigen Erfolgen führt. Ich glaube, dies ist ein Verfahren, das nützlich sein kann bei der Anregung von Aktionen, auch durch die parlamentarischen Institutionen der Union, die an der gemeinsamen Politik beteiligt sind.

Ein weiterer Bereich, in dem wir Formen der Koordinierung fördern können, ist der der Unterstützung, den viele Parlamente anderen Parlamentsverwaltungen anbieten. Diese Form des Austausches bestmöglicher Verfahren und der Solidarität mit weniger begünstigten Staaten hat sich in den letzten Jahren mit einer Fülle nützlicher und lobenswerter Initiativen entwickelt, die dennoch gelegentlich das Risiko beinhalten, zu Überschneidungen und Überflüssigem zu führen, weil eine wirkliche Koordinierung zwischen den Gebern fehlt. Ich halte es daher für ratsam, damit zu beginnen, diese Risiken auszuschalten und Koordinierungsmechanismen zu verwenden, die so viele Parlamente wie möglich von denjenigen miteinbeziehen, die Hilfe zur Verfügung stellen und den, die diese erhalten.

Abschließend möchte ich die Rolle hervorheben, die die Konferenz der Parlamentspräsidenten in diesem Bereich übernehmen muss. Die Richtlinien der Konferenz sowie die Richtlinien über die interparlamentarische Zusammenarbeit, die vergangenen Juli in Den Haag verabschiedet wurden, weisen uns die Aufgabe zu, interparlamentarische Verbindungsaktivitäten zu ermutigen und zu koordinieren, einschließlich jener auf internationaler Ebene. Ich glaube, dass wir die Pflicht haben, die uns in diesem Forum gebotene Gelegenheit voll auszuschöpfen, um neue Horizonte für unsere Zusammenarbeit zu eröffnen, auch im Bereich der externen parlamentarischen Beziehungen, in der am besten geeigneten Form, die auch die Debatte miteinbezieht, die unsere nationalen Institutionen bewegt.